



## Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Ausnahmegenehmigungen von der Euro-VI-Norm für Fahrzeuge der Klassen N2 und N3“ (Drs. 19/460)

### Ausnahmegenehmigungen von der Euro-VI-Norm

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Schleswig-Holstein die erweiterte Ausnahmegenehmigung des Ministeriums „Ausnahme von Euro-VI für Kraftfahrzeuge der Klassen N2 und N3 der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes“ bis zum 31.12.2018 zu verlängern. Weiterhin fordern wir die Landesregierung bis Ende des zweiten Quartals auf, folgende Fahrzeuggruppen auf Konsequenzen und Möglichkeiten der Einhaltung der Euro-VI-Norm zu überprüfen:

- Fahrzeuge der Feuerwehr
- Fahrzeuge des Rettungsdienstes
- Fahrzeuge des Katastrophenschutzes
- Fahrzeuge der Polizei
- Fahrzeuge der Landwirtschaft
- Fahrzeuge der Schausteller

#### Begründung:

Die EU-Verordnung zur Einhaltung der Euro-VI-Norm steht außer Frage als wichtiger Beitrag zur Einhaltung der Klimaschutzziele 2020. Viele Fahrzeuge der Kommunen und des Landes erfüllen wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge und Lebensrettung. Damit keines dieser Fahrzeuge außer Dienst gestellt werden muss, muss eine sofortige Verlängerung der erweiterten Ausnahmegenehmigung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus „Ausnahme von Euro-VI für Kraftfahrzeuge der Klassen N2 und N3 der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes“ umgesetzt werden.

Neben den o.g. Fahrzeuggruppen halten wir eine Prüfung der Fahrzeuge aus den Bereichen der Landwirtschaft und Schausteller für zwingend erforderlich, da einzelne

Fahrzeuge nicht umgerüstet werden können und somit eine eventuelle Existenzgefährdung bedingen würde. Diese gilt es möglichst zu vermeiden. Die Prüfung der o.g. Fahrzeuggruppen muss in der Konsequenz Möglichkeiten aufzeigen, wie eine Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Rettungsketten gewährleistet werden kann, ohne die Klimaziele außer Acht zu lassen und wie eine Existenzgefährdung einzelner Berufsgruppen vermieden werden kann.

Kai Vogel  
und Fraktion